

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung vom 24. Januar, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die Robelle zur Kirchengemeinde- und Synodalordnung für die Provinzen vom 10. September 1873 wird in erster Berathung erledigt. Die zweite Berathung wird unmittelbar im Plenum stattfinden.

Es folgt die erste Berathung der Sperrgelder vorlage. Ministerpräsident v. Caprivi: Es ist dem Hause bekannt, daß im vorigen Jahre die Regierung einen Gesetzentwurf über die Verwendung der sogenannten Sperrgelder eingebracht hatte, bei dem sie in Uebereinstimmung mit früheren Erklärungen die Absicht verfolgte, einen Gegenstand der Beunruhigung und der Unzufriedenheit unter den Mitgliedern der katholischen Kirche zu beseitigen. Sie hatte Ihnen zu diesem Behufe vorgeschlagen, das vom Staate vereinnahmte Kapital mit 3½ Prozent zu verzinsen und diese Rente den Diözesen der katholischen Kirche zur Verwendung zu kirchlichen Zwecken zu überweisen. Das Gesetz kam nicht zu Stande, im Wesentlichen weil die Zustimmung des Centrums zu der von der Staatsregierung vorgeschlagenen Verwendungsweise nicht zu erlangen war. Fehlte aber diese Zustimmung, so war der Zweck, den die Staatsregierung verfolgte, verfehlt. Es bliß dennoch bestehen, was nach wie vor zu Angriffen gegen die Staatsregierung zur Beunruhigung der katholischen Mitbürger reichen sollte. Die Staatsregierung mußte sich in diese Lage schicken und hatte keine Mittel, sie aus eigener Initiative zu ändern. Im November traten die katholischen Bischöfe in Köln zusammen und richteten zwei Eingaben an die Regierung, eine betr. das Volksschulgesetz, die andere, betr. die Sperrgelder. Auf die erstere Eingabe und die darin niedergelegten Wünsche der Bischöfe konnte die Staatsregierung nicht eingehen. Dagegen war es ihr möglich, in eine Prüfung der zweiten Eingabe einzutreten und sich die Frage vorzulegen: wie weit kann man den Wünschen der Bischöfe, ohne das Staatsinteresse zu gefährden, entgegenkommen? Die Wünsche der Bischöfe gingen im Wesentlichen dahin, daß nicht eine Rente, sondern das Kapital der katholischen Kirche zurückgestellt werden möge, wodurch dann die Bischöfe die Verpflichtung übernahmen, diejenigen geschädigten Interessenten zu befriedigen, deren Befriedigung überhaupt möglich sein würde. Zu diesem Behuf schlugen sie weiter vor, für jede Diözese eine Kommission zu ernennen, welche die Bischöfe unterstützen sollte. Sie waren weiter der Meinung, daß der dann verbleibende Rest des Geldes der katholischen Kirche zu überweisen und zu Diözesanzwecken zu verwenden sei. Die Staatsregierung hat geglaubt, hierauf ohne Schädigung der Staatsinteressen eingehen zu können. Sie ist der Meinung, daß durch diesen Vorschlag die katholische Kirche befriedigt wird. Sie ist weiter der Meinung, daß, wenn sie diesen Weg nicht selbst betreten konnte, wenn sie selbst nicht das Obium auf sich nehmen konnte, wenn die Staatsregierung den Versuch machte, die Interessenten zu entschädigen, es ihr lieb sein mußte, wenn die Bischöfe den Versuch machen wollten, auf diese Weise den Ansprüchen der Interessenten gerecht zu werden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß auch nach der anderen Seite das Gesetz befriedigen kann, insofern als diejenigen, welche im vorigen Jahre der Meinung waren, daß es nicht zulässig sei, der katholischen Kirche eine so große Summe an Kapital zuzuwenden, auch darin ihre Befriedigung finden werden, daß es nach dem vorgeschlagenen Verfahren nicht wahrscheinlich ist, daß noch ein großes Kapital zur Verwendung für Diözesanzwecke bleiben wird.

Ich bitte das hohe Haus, in eine wohlwollende Verathung dieses Entwurfes einzutreten. Die Regierung hat gleichzeitig den Wunsch gehabt, die evangelischen Disidieren nach Stolggebühren zu befriedigen. Es ist bis zur Stunde nicht möglich gewesen. Unter dem 21. Mai v. J. hat der evangelische Oberkirchenrath einen Vorschlag gemacht, der dahin geht, der Staat überweist den einzelnen Kirchengemeinden unmittelbar so viel, als nöthig ist, die bei Aufhebung der Stolggebühren erforderlich werdenden Entschädigungen für die berechtigten Geistlichen zu decken. Die Regierung hat diesen Vorschlag in erste Erwägung genommen, und ist auf dem Wege, ihn auszuführen. Es sind aber dabei statistische Recherchen seitens des Finanzministeriums nöthig gewesen. Die Verhältnisse liegen ja in den alten und in den neuen Provinzen durchaus verschieden, und es wird nicht möglich sein, während der jetzigen Sitzung einen Gesetzentwurf vorzulegen, um so weniger, als es voraussichtlich nothwendig sein wird, zur Ausführung dieses Vorschlages im Herbst dieses Jahres zunächst die Generalsynode zu hören, und ein kirchliches Gesetz vorangehen zu lassen.

Ich habe in der Presse die Bemerkung gefunden, daß die Regierung, indem sie dem hohen Hause die Annahme dieses Gesetzes vorlag, empfiehlt, wahrscheinlich ein Handelsgeschäft mit einer Partei abgeschlossen hat. Ich verwahre mich im Namen der Regierung gegenüber solcher Unterstellung. (Beifall.) So lange ich die Ehre habe, an der Spitze des Staatsministeriums zu stehen, glaube ich die Versicherung geben zu können, daß in Angelegenheiten, die das Staatswohl betreffen, Handel nicht getrieben werden wird. (Lebhafter Beifall.) Es ist weder von mir, noch von dem Kultusminister seit dem Scheitern des letzten Sperrgesetzes mit irgend einem Mittelliede der betheiligten Partei dieses Hauses über das Sperrergesetz gesprochen worden.

Es wäre der Staatsregierung sehr wünschenswerth gewesen, dieses Gesetz im Herrenhause einbringen zu können, und zwar mit Rücksicht auf die geschäftliche Lage dieses Hauses und auf den nach wie vor lebhaften Wunsch der Staatsregierung, alle Gesetze, die dem Hause zur Zeit vorliegen, noch in der gegenwärtigen Sitzung zur Verabschiedung zu bringen. Wir haben das nicht gethan, weil wir uns für verpflichtet gehalten haben, auf Grund des § 62 der Verfassung, welcher vorschreibt, daß Finanzgesetze zuerst in diesem Hause eingebracht werden sollen, das Gesetz hier vorzulegen. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. v. Cunn (nL): Daß kein Handel getrieben werde

mit solchen Gesetzen, halten wir für etwas Selbstverständliches. Auf die Beurtheilung dieser Frage hat das auch gar keinen Einfluß. Wir werden das Gesetz nach den Grundfragen beurtheilen, die im vorigen Jahre maßgebend gewesen sind. Die Regierung hat sich heute auf einen anderen Standpunkt gestellt, als den sie im vorigen Jahre als zutreffend erachtet hat. Wir haben uns nicht verändert. Die Staatsregierung nannte den Weg, welchen Abgeordnete Windthorst in voriger Session vorschlug, nicht gangbar, heute betritt sie ihn, ohne ein Motiv für dieses Vorgehen anzugeben. Die Regierung hält nur in einem Punkte an der früheren Anschauung fest, daß ein Rechtsanspruch nicht besteht. Dann hätte sie aber auch die Vorlage nicht einbringen dürfen. Sie befindet sich in einer *contradictio in adjecto*. Ich verstehe es nicht von einer Staatsregierung, die im vorigen Jahre die Behauptung aufgestellt hat, sie sei im Einverständniß mit den katholischen maßgebenden Behörden, wenn sie sich jetzt auf die Verhandlungen der Bischöfe beruft. Mit dieser Vorlage besetzten Sie noch nicht die Unzufriedenheit in katholischen Kreisen, denn eben jetzt wird in der ultramontanen Presse gesagt, daß diese Vorlage noch nicht die volle Zufriedenheit gewähre, daß nun der Kampf um die Schule aufgenommen werden soll (sehr richtig! bei den Nationalliberalen). Während die Regierung im vorigen Jahre einen Rechtsanspruch der katholischen Kirche nicht anerkannt hat, giebt sie diesen Standpunkt vollkommen unmotivirt jetzt auf. Wir können uns dazu nicht verstehen. Durch dieses staatliche Gesetz soll nun ein kirchliches Organ zur Verwendung für — nach der Auffassung des Zentrums — kirchliche Zwecke geschaffen werden. Sind damit die Herren vom Zentrum einverstanden? Das stände doch im Widerspruch zu Ihrer ganzen früheren Haltung, wo Sie dem Staate die Verechtigung abspachen, kirchliche Organe für kirchliche Zwecke zu schaffen. Wir sehen in diesem Gesetz einen Widerspruch mit unserem Standpunkte, den die Regierung früher auch getheilt hat, daß ein Rechtsanspruch der Katholiken nicht besteht, und daß die Verwendung der Sperrgelder den Bischöfen nicht überlassen werden dürfe. Der Staat will das Odium, daß er die Gelder behält, von sich abwälzen. Solche Grundzüge können wir aber nicht adoptiren. Wir sind gezwungen zur Ablehnung, wir erwarten auch von einer Kommissionsberatung keine Abhilfe.

Kultusminister v. G o s l e r. Es ist natürlich, daß bei einer so überraschend eingebrachten Vorlage, bei welcher die politischen Motive erst in erster Lesung vorgebracht werden, eine Beunruhigung in der politischen Vertretung hervorgerufen wird, daß die schwersten Angriffe gegen die Staatsregierung erhoben werden (Wo! bei den Nationalliberalen.) Der Herr Vorredner hat aber eine Reihe von Momenten nicht richtig gewürdigt, er will oder kann kein Verständnis dafür haben, daß der Standpunkt, den ich im vorigen Jahre eingenommen habe, in keiner Weise sehr entgegengesetzt ist dem gegenwärtigen. (Sachen bei den Nationalliberalen.) Ich habe im vorigen Jahre ausgesprochen, daß die Vorlage so weit gegangen wäre, als sie im Interesse der katholischen Kirche hätte geben können, und diese meine Meinung verfechte ich auch heute. Ein 3 $\frac{1}{2}$ prozentige Rente bedeutet für die katholische Kirche weit mehr als die Ueberweisung des Kapitals. Die katholische Kirche könnte keine größere Stärkung erfahren, als wenn im preussischen Staatshaushalt eine neue 3prozentige Rente eingesetzt wäre. Es wird vielleicht eine Zeit kommen, wo man bedauern wird, daß man die Bemühungen der Regierung nach dieser Richtung hin nicht unterstützt hat. Ich habe die Ueberzeugung, daß zu Gunsten der katholischen Kirche von dem Kapital, welches nicht einfach hier hingegeben wird, wie der Vorredner meint, sondern mit einer sehr schweren Zweckbestimmung belastet wird, wenig übrig bleiben wird, daß die Wünsche, welche die katholische Geistlichkeit in Bezug auf die Verwendung desselben gehegt haben, scheitern werden. Das ist meine ehrliche Meinung auch jetzt. Unter diesen Umständen werden auch die Gegner der Vorlage von mir sagen müssen: ich verstehe den Mann. Ich halte daran fest, daß es nach wie vor unmöglich ist, für den preussischen Staat anzuerkennen, daß es in den Verwendungen des Sperrfonds dem Staat gegenüber Empfangsberechtigte giebt. Zweitens halte ich daran fest, daß, wenn man sich selbst über dieses Bedenken hinwegsetzen sollte, es für den Staat faktisch unmöglich wäre, alle diese Berechtigten ausfindig zu machen. Ich halte auch vom Nützlichkeitsstandpunkt es für eine verfehlte Politik, wenn der preussische Staat den Versuch machen wollte, eine nie immer geardete Klasse von Menschen mit diesen Mitteln zu befriedigen. Denn, daß es nicht gelingen wird, alle Ansprüche, welche erhoben werden, durch diese Mittel zu befriedigen, liegt auf der Hand. Man würde sich damit nur einen neuen schönen Kulturkampf bereiten. Es würde Petitionen regnen, und über dieselben würden Jahre lang deklamatorische Vorträge über die Schändlichkeit der preussischen Regierung gehalten werden. Als die vorjährigen Verhandlungen über die Sperrgelder vorüber waren, ließ die Regierung die Sache auf sich beruhen und that nichts in dieser Beziehung, bis nach Monaten plötzlich die Bischöfe an den Ministerpräsidenten mit Auerbietungen kamen. Dadurch bekam die Sache eine ganz andere Wendung. Wir haben aus der Vergangenheit bereits gelernt, daß es ein gefährliches legislatives Vorgehen ist, den katholischen Geistlichen durch ein Geleiz Handlungen aufzwingen zu wollen, die sie freiwillig nicht übernehmen wollen. (Sehr richtig! im Centrum. Heiterkeit.) Ich würde also nicht mit diesem Geleize vorgegangen sein, wenn es nicht die Bischöfe freiwillig angeboten haben würden. Der Einfluß der Bischöfe auf die Diözesanen ist groß, aber der Staat kann sich in die Einzelheiten dieser Sache, die Empfangsberechtigten ausfindig zu machen in Verbindung mit den Bischöfen, nicht einlassen. Denn wenn das Bemühen der Bischöfe keinen Erfolg hat, so wird den Organen der Staatsregierung die Schuld gegeben werden. Gelingt es aber jetzt den Bischöfen, dann wird man sich freuen, gelingt es ihnen nicht, nun, dann haben sie sich geirrt. Die Bischöfe kommen ja in die schwierige Lage, weil sie natürlich in dem Lichte stehen müssen, daß sie so viel wie möglich übrig behalten wollen. Auf dem Gebiete von Mein und Dein, auf dem Gebiete von Bereicherung und Verlust ist auch die Disziplin innerhalb der katholischen Kirche nicht stark. Für mich ist es wie heißes Eisen, in diese Sache einzugreifen. Wie annehmend ist, wird die Einwirkung der Bischöfe auf die

Geistlichen so weit gehen, daß die heute noch lebenden Geistlichen im Interesse eines Emeritirungsfonds auf ihre Ansprüche verzichten werden. Also wie gesagt, ich habe das Verlangen der Bischöfe für annehmbar gehalten. Nimmt man es nicht an, so wird es mir schwieriger, das Ziel zu erreichen, daß im staatlichen Interesse die Sperrgelder zur Verwendung für die katholische Kirche kommen. In dem man sich der Sache entzieht, macht man sie nicht besser. Ein versöhnendes Licht wirft auf diese Angelegenheit die Stellung der evangelischen Kirche. Heute hat der Herr Ministerpräsident rund heraus erklärt, daß die Regierung den Wünschen der evangelischen Kirche entgegengekommen wird und sie im Herbst mit der Generalsynode in Ordnung bringen wird. Mit der heutigen Erklärung fängt eine neue Periode für die evangelische Kirche an. Das ist das verklärende Licht, welches auf meine Thätigkeit fällt.

Abg. Dr. Reichenberger (Str., auf der Tribüne fast unverständlich): Es wird von gegnerischer Seite so dargestellt, als ob man der katholischen Kirche die 16 Millionen gratis gäbe. Weiß denn nicht die ganze Welt, daß die Forderung auf Herausgabe dieser Gelder auf rechtlichen Ansprüchen beruht, da die Sperrung der Gelder widerrechtlich erfolgt ist? Wir haben niemals den Anspruch erhoben, daß der Staat aus alle freiwilligen Leistungen wieder gebe. Wie kann man sagen, daß durch eine solche Vorlage die Macht der katholischen Kirche gestärkt werden wird, wenn es feststeht, daß durch die zurückgegebenen Gelder gar nicht einmal alle Ansprüche befriedigt werden können? Wenn man dem Minister zum Vorwurf macht, daß er heute einen anderen Standpunkt einnimmt, als im Vorjahre, so erinnere ich an den Grundsatz der preussischen Regierung, es als eine Ehre anzusehen, einen Irrthum zu erkennen und wieder gut zu machen. Das Vorgehen der Staatsregierung bei dieser Vorlage ist ein wirklich konstitutionelles, indem sie ihre Meinung derjenigen anpaßt, welche die in dieser Frage maßgebenden Parteien des Hauses einnehmen. Die katholische Kirche wird die Gelder nicht zu selbstsüchtigen Zwecken verwenden, denn in dem Gesetze selbst sind ja die Verwendungszwecke genau aufgezählt. Die Frage des Herrn v. Cuno, ob durch diese Vorlage Friede geschaffen werden wird, steht mit der Vorlage in gar keinem Zusammenhange. Ich hoffe, daß eine große Mehrheit die Vorlage annehmen wird. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. G h n e r n (natl.): Gegenüber den spitzfindigen Ausführungen des Herrn Kultusministers (Unruhe rechts) erinnere ich nochmals daran, daß der Minister im vorigen Jahre die Vorlage als die weitgehendste Konzeption bezeichnete, die gemacht werden könne. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.) Der „Staatsanzeiger“ hat im vorigen Jahre selbst diese Anschauung damit begründet, daß auch auf die Gefühle der nicht katholischen Bevölkerung Rücksicht genommen werden müsse. Was für ein Grund besteht denn heute, nach 8 Monaten, diese Rücksicht bei Seite zu legen? Was soll geschehen, wenn die Bischöfe über die Verwendung der Gelder keine Mittheilung machen, oder etwa die Mittheilung, daß aus den Geldern ein Wahlfonds gebildet worden ist (Weiterseufz), natürlich im Interesse der katholischen Kirche? Mit dieser Vorlage ist der Sieg der Zentrumsparthei über den preussischen Staat entschieden. (Widerspruch.) Wir sind mit unserer Politik unterlegen, welche daraus ausging, die geistige Freiheit aufrecht zu erhalten, zu verhindern, daß die Zentrumsparthei einen Staat im Staate bilde, daß der Papst einen maßgebenden Einfluß in unserem Staate hat. Die Wirkung einer solchen Politik, wie sie die Regierung jetzt übt, werden wir noch weiter sehen, sie wird dazu führen, daß die Jesuiten zurückberufen werden. Daß durch eine solche Vorlage die Zufriedenheit nicht hervorgerufen werden wird, giebt die Zentrumsparthei selbst zu. Es finden sich immer neue Kulturkampffragen. Die Nationalliberalen haben einstimmig beschlossen, das Gesetz abzulehnen, ebenso die Freikonservativen. Wenn Parteien, die einen so großen Anhang im Volke haben, unberücksichtigt gelassen werden, wenn eine Vorlage eingebracht wird, deren Unmöglichkeit von uns empfunden wird, wie kann man denn von einer Befriedigung sprechen? Auch die Konservativen können in ihrem Herzen nicht für eine solche Vorlage sein. Wie die Freisinnigen dazu stehen, weiß ich nicht; sie kommen hier auch nicht in Betracht. Wenn der Ministerpräsident diese Frage mit der Regelung der Stolgebühren in Verbindung gebracht hat, so sage ich ihm, daß wir eine Regelung abgelehnt von dieser Frage wollen. Wir wollen die Regelung der Stolgebühren nicht als Kaufgeld für die Bewilligung dieser Vorlage. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Windthorst (Str.): Die Kirche hat heute den Zweck, den destruktiven Tendenzen der Zeit entgegenzutreten. Wenn von einer Befriedigung gesprochen worden ist, so bezieht sich diese hier nur darauf, daß ich ein Entgegenkommen der Regierung bei diesem Steine des Anstoßes sehe. Solche Maßnahmen wie diese befördern uns in dem Eifer, die Regierung in anderen Sachen zu unterstützen. Wir haben uns zur Aufgabe gemacht, die Regierung auch sonst zu unterstützen, aber unsere Gerechtsame wollen wir nicht aufgeben. Ebenso wenig können wir, auch nach dieser Vorlage, diejenigen Forderungen aufgeben, welche den vitalen Interessen der Kirche und der menschlichen Gesellschaft entsprechen. Wunderbar ist doch die Anschauung des Abg. v. Cury, daß derjenige, der befriedigt wird nichts mehr verlangen darf. (Sehr richtig! im Centrum.) Wenn Ihnen eine Schuld bezahlt ist, quittiren Sie dann über alle anderen? (Heiterkeit.) Der Minister hat bei seiner Meinungsänderung ganz richtig gehandelt, denn er hat mit den thatsächlichen Verhältnissen zu rechnen, und auf Grund derselben eine Verständigung zu suchen. Der Streit hat sich im vorigen Jahre nicht darum gedreht, ob die Summe überhaupt zu bezahlen, sondern wie sie zu verwenden ist. Es ist also kein Anlaß für Sie, etwas Unangenehmes über die jetzige Auszahlung zu empfinden. Das Gesetz ist keine Bevorzugung der katholischen Kirche. Denn wenn Sie für die evangelische Kirche auch Forderungen haben, so ist doch kein Grund, unsere berechtigten Forderungen nicht zu bewilligen. Wir haben einen Rechtsanspruch, ja, wir erleiden sogar einen Ausfall an den Zinsen, deren Auszahlung doch eine Forderung der Billigkeit wäre. Wenn Sie das Gesetz annehmen, so soll aber dieser Sache ein für allemal ein Ende gemacht sein! (Sehr richtig! im Centrum.) Die Entziehung dieser Gelder ist

nach dem Urtheil der ganzen Welt kein rühmliches Blatt in der Geschichte Preußens und der Regierung des Fürsten Bismarck. Wir nehmen die Vorlage, welche ein Unrecht wieder gut zu machen sucht, dankbar an. Einem Antrage auf Ueberweisung der Vorlage würde ich nicht nicht widerlegen, obgleich ich nicht weiß, wozu sie soll, ich hoffe aber, daß sie kein Dorn im Auge sein wird, die Erledigung zu verschleppen oder unannehmbare Bedingungen hineinzubringen. Sollten die Herren Resolutionen bezüglich der evangel. Kirche an die Vorlage knüpfen, so werde ich für dieselben eintreten, wenn sie berechnete Forderungen enthalten. Ich glaube aber nicht, daß solche Resolutionen hier angebracht sind. Von irgend einer Provokation der katholischen Kirche gegenüber der evangelischen kann aber nicht die Rede sein. Wegen dieser Vorlage geben wir kein Prinzip auf. Die Schulfrage geben wir nie auf, auch um dieses Gelezes willen nicht. Die Erziehung unserer Kinder, die Zukunft der menschlichen Gesellschaft ist uns für Geld nicht feil. (Zustimmung im Centrum.) Wir sind also bereit, in der Kommission zu verhandeln, aber vermeiden Sie alle kleinlichen Erörterungen, die diese großartige Handlung der Regierung abschwächen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fr.): Es ist dem Minister nicht gelungen, die jetzige Vorlage in Einklang zu bringen mit den Anschauungen, welche er im vorigen Jahre hatte. Die Vorlage erscheint mir nicht als das richtige Mittel, dauernd friedliche Zustände herbeizuführen. Die augenblickliche Befriedigung, welche dadurch hervorgerufen wird, wird mit der Gefahr einer Verschärfung des Streits zwischen Regierung und Zentrumsparthei erkauft, denn, wenn die Vorlage Gesetz wird, wird in Zentrumskreisen die Anschauung sich geltend machen, daß man auch auf anderen Gebieten alles werde erreichen können. Der Kampf um die Schule wird dadurch erneuert und um so schärfer geführt werden. Wir hoffen aber, daß diese Vorlage die Wirkung haben wird, daß den Wünschen der evangelischen Kirche mehr entgegengekommen werden wird. Die augenblickliche Zufriedenheit der katholischen Kirche wird erkauft durch eine dauernde Beunruhigung des größeren Theils der preussischen, nämlich der evangelischen Bevölkerung. (Beifall bei den Konservativen und Nationalliberalen.) Aus äußeren und inneren Gründen müssen wir in unserer bisherigen Stellung beharren und die jetzige Vorlage ablehnen. (Bravo! bei den Konservativen und Nationalliberalen.)

Abg. Graf Limburg-Sturum (kon.): Namens eines sehr großen Theils meiner Freunde muß ich erklären, daß wir diesmal von den Anschauungen der Freikonservativen abweichen. Wir haben keine so großen Bedenken gegen die Vorlage wie die Gegner, welche bis jetzt gesprochen haben. Es handelt sich hier nur um eine Geldfrage, und die Erledigung derselben kann doch für unsere prinzipielle Stellung nicht maßgebend sein. In dem einen Punkte stimmen wir überein, daß Rechtsansprüche auf das Geld nicht bestehen. Dieser Rechtsanspruch wird erst konstruiert durch das Gesetz. Heute handelt es sich aber nicht darum, das Geld an die katholische Kirche als solche auszuliefern, sondern es auszufüttern für diejenigen, welche als Empfangsberechtigte auftreten. Einige meiner politischen Freunde stehen an sich feindlich dem Gesetze gegenüber, die Majorität aber wünscht durch eine Kommissionsverhandlung zu einer Verständigung zu gelangen, würde aber ohne Kommission zum größten Theil auch dagegen sein. Eine Beunruhigung besteht in weiten evangelischen Kreisen, weil in der Herauszahlung der Gelder ein großer Fonds gesehen wird, der gegen die evangelische Kirche angewendet werden kann. Der evangelischen Kirche ist ein solcher Fonds nicht gewährt worden. Diesem Gefühl muß Rechnung getragen werden. (Beifall bei den Konservativen.)

Abg. Stöcker (kon.): Ich spreche nicht für mich persönlich, sondern im Sinne einer großen Zahl von Gesinnungsgenossen. Die Vorlage, so wie sie ist, kann nicht Gesetz werden, sie gehört zu den Dingen, die man nicht begreift. Die Motivierung des Herrn Ministerpräsidenten, der sich allein auf die Wünsche der Bischöfe bezog, kann doch unmöglich als ausreichend anerkannt werden, und man wird auf dem Lande damit nichts weniger als zufrieden sein. Am wenigsten begreife ich, daß der Kultusminister seinen Namen unter diese Vorlage gesetzt hat, am allerwenigsten aber, daß er gesagt hat, sein heutiger Standpunkt sei von dem vorjährigen nicht abweichend. Der Kultusminister hat aber im vorigen Jahre die Herausgabe des ganzen Kapitals für politisch unmöglich erklärt. (Hört! hört! rechts.) Wie vereinigt er seine heutige Stellungnahme mit den Worten im vorigen Jahre: Es sitzen im Ministerium auch Leute, welche Ehre haben, als der Regierung eine Verletzung des heiligen Gebotes vorgeworfen wurde? (Sehr richtig! rechts.) Uns ist es unmöglich, diesen Sprung mitzumachen, ohne im Lande die Sympathien zu verlieren, ohne die eine große Partei nicht bestehen kann. (Lebhafter Beifall rechts.) Selbst das Versprechen der Regelung der Stollgebühren kann uns dazu nicht bewegen, für die Vorlage, wie sie ist, zu stimmen. Daß man dieses Versprechen als Vorwand benutzen will, um uns geistiger zu stimmen, darin liegt etwas Demüthigendes, und wir haben in den letzten Jahren genug Demüthigungen erlitten. (Zustimmung rechts.) Vor 6 Monaten zu sagen: non possumus, heute: possumus ist für den Staat sehr gefährlich. Wenn die Regierung nachgibt, so heißt das nur: Wenn man nur viel agitirt, so erreicht man, man mag den Regierungen noch so viel Beleidigungen ins Gesicht schleudern, so erreicht man, was man will. (Bravo! rechts.)

Wir haben nichts dagegen, wenn die wirklich geschädigten Institute zurück bekommen, was ihnen entzogen war. Aber darüber hinaus wollen wir die Garantie dafür, daß kein Pfennig zu Agitationen für römische Zwecke gegen die Protestanten im Lande verwendet wird. Die Macht der katholischen Kirche hat sich seit dem Kulturkampf überaus verstärkt; aber sie gebraucht diese Macht nicht, um in konfessioneller Beziehung friedlich zu wirken. (Bravo! rechts.) Das beweisen die Kämpfe gegen den evangelischen Bund. Den Gedanken, daß man eine freie Kommission in jeder Diözese bildet, halte ich für ganz gut, aber der Staat muß dabei eine Kontrollinstanz bilden und nicht aus Furcht vor einem Odium davon absehen.

Die positiven Parteien wollen die Ueberbleibsel aus dem Kulturkampf beseitigt wissen. Wir haben doch ein Recht, daß die minimalen Selbstständigkeitsbestrebungen der positiven Parteien von der Regierung berücksichtigt werden. Der Nothstand der Kirche liegt darin, daß die liberale Partei diesen Bestrebungen entgegen ist, Bestrebungen, die nur den zwanzigsten Theil von denen ausmachen, welche die Liberalen vor Jahren gehabt und ohne Grund aufgegeben haben. Die Herren Nationalliberalen sind also daran schuld. Keine Partei läuft so auf den Rücken der Regierung, wie die nationalliberale. (Heiterkeit.) Sie kommt mir vor wie die Italiener, die Schlachten verlieren und dafür Provinzen gewinnen. (Heiterkeit.) Was Herr Windthorst von der Schule gesagt hat, das übertragen wir nicht in Preußen. Damit muß er sich nach den katholischen Ländern wenden.

Wir sind gern bereit, den katholischen Brüdern die Hand zu reichen zu gemeinsamem Kampfe gegen Umsturzbestrebungen. Aber wir leben heute nicht in einer Zeit der Toleranz, sondern des geistigen Kampfes, der an innerer Spannung kaum der Zeit des dreißigjährigen Krieges nachsteht. Wir gehen bis zur Grenze, aber nicht über die Grenze, Preußen ist ein im Wesentlichen evangelischer Staat, die Vormacht des Protestantismus, und wir sind in Gefahr, unsere Stellung zu verlieren, wenn wir eine Politik der schiefen Ebene treiben, die uns nahezu zum Abgrund führt. (Lebhafter Beifall bei den Konservativen.)

Abg. Dr. v. Szadzewski (Pole): Die Annahme, daß der

zurückzugebende Fonds zu Agitationszwecken verwandt werden wird, ist ganz unberechtigt. Die katholische Kirche treibt überhaupt keine Agitation, und daher sind alle Bedenken, die sich auf diesen Gesichtspunkt stützen, hinfällig. Meine Freunde begrüßen die Vorlage.

Abg. Dr. Arendt (fr.) schließt sich den Ausführungen des Frhrn. v. Zedlitz an. Es handelt sich hier nicht bloß um eine Geldfrage, sondern um eine Vermögens-, Rechts- und Ehrenfrage, für das Centrum sowohl wie für uns. Für die Herstellung des religiösen Friedens würde ich jedes Opfer bringen. Diese Vorlage wird aber im entgegengekehrten Sinne wirken, und daher weise ich die Vorlage a limine ab.

Abg. Rickert (fr.): Was die geschäftliche Behandlung der Vorlage betrifft, so wären wir geneigt, auf die Kommissionsberatung zu verzichten, da wir für die Vorlage sind, wie sie liegt, da ja das Geleze ist, was wir im vorigen Jahre für wünschenswerth erachtet haben. Nachdem aber Graf zu Limburg-Sturum die positive Erklärung abgegeben hat, daß seine Parteigenossen nicht in der Lage wären, ohne Kommissionsberatung für die Vorlage zu stimmen, so haben wir selbstverständlich nichts gegen die Kommissionsberatung. Herr v. Cynern hat es für angemessen gefunden, auch diesmal mit einer gewissen souveränen Verachtung auf uns herabzublicken. Er weiß ja, daß wir die Dinge bei ihm so nehmen, wie sie genommen werden müssen, sie tangiren uns nicht besonders. Er meinte dann, wir kämen ja nicht in Frage. Ei, ei, Herr v. Cynern, die Sache könnte doch anders kommen. Es ist sehr leicht möglich, daß die kleine freisinnige Fraktion diesmal bei der Abstimmung den Ausschlag giebt. Es lag in seinen Worten ein gewisser Hohn darüber, daß wir in der Zahl hier zurückgegangen sind. Dieses Schicksal erleben auch andere Parteien. Wenn er nach der anderen Seite der Leipzigerstraße gehen wollte, so würde er bei seiner eigenen Partei sich überzeugen, wie große Dinge manchmal klein werden. (Heiterkeit.) Ich glaube, mancher von denjenigen, welche im vorigen Jahre gegen die Vorlage gestimmt haben, befindet sich heute in einer gewissen Beklemmung. Aber wer trägt denn die Schuld daran, daß wir jetzt noch einmal mit der Materie uns befassen müssen? Die Majorität von damals. Sie allein trägt die Schuld daran, daß das Gesetz, so wie es damals in der Kommission beschlossen wurde, heute nicht in der Gesetzesammlung steht. Denn zweifellos würde die Regierung dieses Gesetz auch gegen den Willen des Zentrums angenommen haben, wenn die Majorität des Hauses es acceptirt hätte. Bei der vorigen Vorlage hieß es allseitig, daß man für die Vorlage eintreten wolle, wenn das Centrum sich durch dieselbe befriedigt erklären. Jetzt erklärt das Centrum sich für befriedigt; aber Niemand zieht die Konsequenz daraus. Am allerunbegreiflichsten war mir heute die Rede des Herrn Stöcker. Trotz aller Opposition im ersten Theil derselben ist er schließlich fast mit allem einverstanden, was die Vorlage will, und verlangt nur ein paar Bauteile, die lediglich die Regierung mit einem nöthigen Ballast beladen. Wie kann man nur so große Worte über so kleine Dinge sprechen! Wenn Herr Stöcker von Mißstimmung in der evangelischen Kirche spricht, so ist es darum noch lange nicht richtig. (Heiterkeit.) Die ganze Frage ist doch nur, ob das Kapital oder 3½ Prozent Rente gezahlt wird. Der Finanzminister macht zweifellos jetzt ein gutes Geschäft, und auch politisch ist die Herausgabe des Kapitals ein Vortheil.

Die Herren haben den Kultusminister scharf angegriffen. Ich habe nicht Neigung, ihn herauszubekken; aber Herr Stöcker hat doch die vorjährige Rede des Kultusministers, welche er jetzt zitiert hat, nicht gelesen, denn die Worte von der Ehre beziehen sich nicht auf ihn, sondern auf seine Beamten, und er sagte damals ausdrücklich, er wolle kein Wort des Staatsministeriums extrahieren, um sich nicht den Weg für die Zukunft zu verschließen. Also diese Aenderung der Gesinnung ist nicht so schlimm. Wir sind aus der Bismarckschen Zeit her noch an ganz andere Sprünge gewöhnt (Heiterkeit), und damals sind Sie (rechts) mitgesprungen. (Heiterkeit.) Hätten doch die Herren früher in Kardinalfragen ebenso gedacht, wie jetzt. Ist dieses Ueberbleibsel aus dem Kulturkampf beseitigt, desto besser für das Volk. In der Schulfrage werden wir mit Herrn v. Zedlitz Schulter an Schulter kämpfen; auch da werden wir den Abgeordneten Windthorst als entschiedenen Gegner haben. Wir werden die Hoheitsrechte des Staates an der Schule nicht um einen Deut kürzen lassen. Ich bitte Sie aber, diese Sache als klein zu behandeln. Diese 16 Millionen werden keine Fonds sein, den die katholische Kirche verwenden kann gegen die Protestanten. Wir haben ja auch bei dem Sozialistengesetz gesehen, daß wir gegen einen geistigen Kampf nur geistiger Mittel bedürfen, und ich bedaure, daß ein Mitglied der liberalen Partei mit solchem Kleinmuth von der geistigen Kraft des Volkes spricht. Auch wir sind bereit, diesen Geisteskampf zu führen, aber mit geistigen Mitteln. Sie wollen ihn ausfechten mit Polizei, Gefängnis und Strafgesetzbuch; damit werden Sie niemals einen Erfolg haben. (Beifall.)

Hierauf wird die Diskussion geschlossen.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wird die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen. Ein darauf gestellter Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Ohne Debatte wird darauf die Wahl des Abg. Puttkamer-Ripkau (2. Marienwerder) für gültig erklärt. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr (Kleinere Vorlagen). Schluß 3½ Uhr.

Herrenhaus.

7. Sitzung vom 24. Januar.

Das Haus wählt zum 1. Vizepräsidenten Freiherrn v. Mantuffel, erledigt einige Rechenschaftsberichte durch Kenntnissnahme, sowie mehrere unwesentliche Petitionen nach den Kommissionsbeschlüssen und nimmt darauf die Vorlage, betreffend die außerordentliche Armenlast in der Kommissionsfassung an.

Nächste Sitzung Montag 12 Uhr (Interpellation betr. Hochwasser, Helgolandvorlage).

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 24. Jan. Das Betriebsamt Breslau-Halbstadt macht bekannt: Infolge Schneeverwehung muß der Betrieb auf der Nebenbahn Striegau-Volkshain bis auf Weiteres eingestellt werden.

Königsberg i. Pr., 25. Jan. Das Königl. Eisenbahnbetriebsamt meldet: Die Strecke Königsberg-Labiau ist wegen Schneeverwehungen voraussichtlich auf 24 Stunden gesperrt.

Köln, 25. Jan. Durch den Eisgang sind die Eisenbahnstrecken Homberg-Ruhrort, Beuel-Bonn und Lindern-Heinsberg unterbrochen. Das Eis der Nahe ist heute Vormittag aufgegangen; ebenso hat sich das Rheis und bei Saarlouis das Saarreis in Bewegung gesetzt.

Köln, 25. Jan. Bei fortwährendem frischen Winde hält das Thauwetter an; der Regen hat aufgehört, zeitweise

bricht die Sonne durch. Das Bürgermeisteramt macht auf bevorstehendes Hochwasser aufmerksam, das den hiesigen Werften drohe, und verbietet, daselbst Wagen aufzustellen.

Köln, 25. Jan. In den Werften werden alle Gaslaternen entfernt, und Eisbrecher sowie Eisabweiser zum Schutze der Lagerhallen errichtet. Am rechten Rheinufer treibt das Eis aus der Sieg, sonst ist der Rhein hier frei von Eis. Heute Mittag zeigte der Pegel 1,40 Meter Rheinhöhe, ein Anwachsen um 0,77 Meter seit gestern Abend. — Bei Koblenz treibt das Lahn-Eis vorbei. Trier meldet starken Eisgang. Bei Bacharach steht das Eis noch, das Wasser wächst. Bei Bingen stehen Rhein- und Lahn-Eis noch fest. — Bei Duisburg hat sich heute Morgen das Eis in Bewegung gesetzt, darauf aber wieder gestellt.

Köln, 25. Jan. Die Deutzer Pioniere haben Kommandos zum Sprengen des Eises nach Uerdingen, Hamm, Hochfeld, Duisburg u. entsandt. Das Eis der Unterwupper ist gestern Abend bei Opladen losgegangen; Opladen steht größtentheils unter Wasser, jedoch ist das Wasser bereits wieder im Fallen und scheint die größte Gefahr vorüber. Der Rhein bei Düsseldorf ist um 1 Meter gestiegen, die Fluthen sind schmutzig-gelb und ungemein reißend. Die Sieg ist ausgetreten und vom Ober-Rhein wird starkes Steigen gemeldet.

Gelsenkirchen, 24. Jan. Ueber die Katastrophe auf der Zeche „Hibernia“ berichtet die „Gelsenkirchener Zeitung“, daß es sich bei derselben dem Anschein nach um eine gemischte Explosion schlagender Wetter mit Kohlenstaub handelte. Die Rettungsmannschaften konnten wegen der Nachschwaden in den Flözen nur mühsam vordringen. Abends 10 Uhr war bereits eine große Anzahl Todte zu Tage gefördert; heute wurden auch mehrere Pferdeleichen herausgeschafft. Bis Vormittag 10 Uhr waren 43 Todte und 35 Verwundete gefördert; es werden noch etwa 10 Todte in den verschütteten Strecken vermuthet. Die offizielle Liste der Verunglückten ist noch nicht festgestellt.

Gelsenkirchen, 25. Jan. Heute wurden aus der Zeche „Hibernia“ weitere drei Leichen zu Tage gefördert. — Von vielen Häusern wehen Trauerfahnen.

Gelsenkirchen, 25. Jan., Abends. Nach einer soeben aufgestellten offiziellen Liste der bei dem Grubenunglück in der Zeche „Hibernia“ ums Leben gekommenen Bergleute beträgt die Zahl derselben 52.

Gelsenkirchen, 24. Jan. Durch das Austreten des Grenzbaches sind 6 Straßen überschwemmt. Dieselben sind meistens von Arbeitern bewohnt. Der dadurch angerichtete Schaden trifft theilweise diejenigen Familien, welche Verluste durch die jüngste Grubenkatastrophe erlitten haben. — Heute wurden die in der Zeche „Hibernia“ Verunglückten von ihren Verwandten agnosziert.

Essen a. d. Ruhr, 25. Jan. Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zufolge läßt sich die Anzahl der Opfer der Grubenkatastrophe auf der Zeche „Hibernia“ bei Gelsenkirchen nunmehr vollständig übersehen. Todt sind 44, verletzt 32 Bergleute aufgefunden worden; vermißt werden noch 4, die jedenfalls auch todt sind. Die Gesamtzahl der Opfer beträgt demnach einschließlich der Verwundeten 80.

Berge Vorbeck, 24. Jan. Die Ruhr und ihre Zuflüsse sind in Folge des plötzlichen Thauwetters in schnellem Steigen begriffen. Hier stehen bereits große Strecken unter Wasser. In Wesel und Emmerich sind Pioniere zur Sprengung des Rhein-Eises eingetroffen.

Sameln, 25. Jan. Zur Sprengung des Eises der Weser ist heute hier eine Pionierabtheilung eingetroffen. An der ganzen Ober-Weser von Sameln-Holzminnen bis Münden herrschen große Besorgnisse wegen des Eisganges und des Hochwassers in Folge des eingetretenen Thauwetters und des Regens.

Hamburg, 24. Jan. Die „Hamb. Börsenh.“ meldet aus Cuxhaven, daß, nachdem entschiedenes Thauwetter mit zeitweilig starkem Regen eingetreten, die ganze untere Elbe fast vollständig eisfrei ist. Die Schifffahrt wird jedoch durch den herrschenden Nebel behindert.

Detmold, 24. Jan. Der Minister v. Wolffgramm hat heute auf Befehl des Fürsten den Landtag bis zum Herbst vertagt.

Wien, 25. Jan. Einer Meldung der „Neuen freien Presse“ zufolge wären die Verhandlungen zwischen den deutschen und österreichischen Handelsvertrags-Delegirten so weit gediehen, daß die Einzelberatung der beiderseitigen Zolltarife vorläufig abgeschlossen werden könnte. Das Resultat der Verhandlungen sei, daß aus dem Zolltarife keine Schwierigkeiten für das Zustandekommen des Vertrages mehr zu besorgen seien. Morgen gelange die abzuschließende Viehfondation zur Berathung so dann würden die Verhandlungen auf den Text des Vertrages übergehen. Die Frage der Eisenbahntarife werde dabei den wichtigsten Punkt bilden.

Saibach, 25. Jan. Der Landes-Präsident von Krain hat die Wahlen zum Reichsrathe auf den 3. bis 7. März d. J. festgesetzt.

Petersburg, 25. Jan. Nachrichten aus Charkow zufolge herrschte dieser Tage in Südost-Rußland ein außerordentlich heftiges Schneetreiben. Die ganze Landschaft ist verschneit; mehrere Dörfer und Farmen sind bis an die Dächer der Häuser eingeschneit. Die Eisenbahnlinien und die an denselben belegenen Stationen sind ebenfalls größtentheils verweht. Infolge dessen ist der Eisenbahnverkehr vielfach eingestellt worden. Charkow ist im Verkehr mit der Außenwelt ausschließlich auf den Telegraphen angewiesen. Da das Schneegestöber fortbauert und die Schneemassen sehr groß sind, wird das Freimachen der Eisenbahnen wohl mehrere Tage in Anspruch nehmen. Mehrere Personen sind erfroren.

Am 5 1/2 Uhr Nachmittags gekommen und habe, wie seine Kollegen, die Lage als ernst aber keineswegs verzweifelt erkannt. Gegen Abend habe sich die vorhandene Schwäche vergrößert und die Aerzte hätten gerathen, dem Prinzen die Saframente zu reichen, die dieser bei vollem Bewußtsein empfangen habe. Der König und die Königin wurden von der Lage in Kenntniß gesetzt und trafen um 8 1/2 Uhr Abends vom Schloß Laeken in Brüssel ein. Dieselben verließen das Palais um 9 3/4 Uhr, nachdem sie aus dem Munde der Aerzte selbst erfahren hatten, daß das Befinden des Prinzen die Genesung nicht ausschließe. Gegen Mitternacht wurde der Zustand des Kranken sehr bedenklich, um 1 3/4 Uhr früh trat der Tod ein.

85044 150 55 247 343 844 78 944 67 (1500) 81038 40 139 51
885 329 (300) 35 60 533 623 798 91 82173 704 20 824 903 6 98
85030 143 77 224 334 76 87 405 49 65 97 537 695 700 19 823 (500)
86 84377 78 (300) 438 772 808 23 30 46 69 70 85044 86 100 251
52 367 691 767 88 917 86055 135 61 212 388 441 62 610 796 810
934 56 74 87140 60 216 67 91 388 451 515 84 622 50 97 703 68 844
77 88297 715 89003 7 60 147 86 330 77 488 509 (500) 82 690 740
72 826 35 89
90295 461 82 567 630 92 811 34 914 91185 262 343 411 534 43
85 651 77 836 966 92078 115 71 (300) 250 358 403 97 508 621 25
770 73 927 80 93025 78 (500) 146 93 259 318 60 72 777 831 987

London, 24. Jan. Der Castle-Dampfer „Barwick Castle“ hat am Freitag auf der Heimreise die Canarischen Inseln passiert.

**** Bremen,** 24. Jan. In der heutigen Sitzung des Aufsichtsraths der Dampfschiffahrtsgesellschaft „Neptun“ wurde eine Dividende von 10 Proz. beschlossen.

160010 257 326 (300) 739 389 901 63 (300) 69 162404 554 83 692
90 158 245 310 547 611 751 96 901 63 (300) 69 162404 554 83 692
725 86 163034 56 208 11 29 354 444 48 69 609 14 46 708 956 82
164208 62 84 492 802 43 70 165047 94 236 93 369 444 724 27 843
96 166013 85 171 (1500) 209 58 492 (500) 558 59 75 (300) 836 98
167156 269 325 67 831 66 902 53 168108 43 203 30 489 98 669 (500)
772 989 169038 (3000) 87 (300) 146 69 276 365 88 421 540 766 833
170296 580 84 655 75 801 (300) 171024 27 59 92 255 321 42
576 626 (500) 824 966 70 94 172194 259 726 983 173064 (300) 225
44 835 577 638 763 821 75 174006 248 333 44 59 562 649 876 175085
89 (500) 207 340 624 721 75 76 864 176177 291 (300) 416 (10000) 34
(300) 74 539 79 85 728 903 55 177007 362 484 742 45 839 178078
216 98 326 (1500) 27 87 420 529 660 999 179017 36 90 273 330 58
546 (3000) 80 (3000) 602 26 840 68 (3000) 95 915
180003 72 277 322 95 508 61 673 744 62 811 181148 234 42 508
674 749 855 (1500) 91 905 80 93 182025 500) 169 87 293 309 418 521
675 955 183143 65 222 343 76 613 25 706 88 67 836 184003 121
246 380 749 87 931 49 58 185044 212 377 637 61 745 82 809 29
186186 204 8 495 697 (500) 923 187010 25 198 460 P5 559 85 9 4
70 87 (1500) 188238 405 531 52 648 722 55 991 189092 275 35.5 85
592 744 93 851

Landmarkt: Weizen 188—190 M., Roggen 170—173 M., Gerste
148—153 M., Hafer 142—144 M., Kartoffeln 54—60 M., Heu
2,5—3,00 M., Stroh 28—32 M. (Offize-Stg.)

Posen , am 24. Januar	Mittags	1,20	Meter.
" " 25. "	Morgens	1,20	"
" " 26. "	Morgens	1,22	"

Grosse Gewinne
mit 100 Mark garantiert
an der Handels-Börse
eincassierbar alle 30 Tage
Rein Risiko
E. Dewolwy
171 Darmoestraat
Amsterdam.

Produktenliste.
Röln, 24. Jan. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 19,00, fremder loco 22,00, per März 19,85, per Mai 19,95. Roggen ger loco 17,50, fremder loco 19,25, per März 17,66, per Mai 18,50. Hafer hiesiger loco 15,00, fremder 17,00. Rüböl loco 59,00, per Mai 59,70, per Oktober 59,70.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von B. Leder & Comp. (A. Höftel) in Bosen.